

Ablehnung nicht vorgesehen

Volksentscheid in Thailand: Neue Verfassung angenommen

Direkte Demokratie unter Militärherrschaft – geht das? Im Fall Thailands ist die Antwort »nein.« Die Volksabstimmung über die Verfassung war nicht »free and fair«.

Michael H. Nelson

Dabei wurde oft betont, dass dies das erste Referendum in der politischen Geschichte Thailands und seine glaubwürdige Durchführung wichtig sei für die Wiederherstellung der Anerkennung durch das Ausland. Dieses hatte aus für die vielen thailändischen Freunde des Militärputsches vom September 2006 unerfindlichen Gründen den Sturz einer demokratisch gewählten (aber nicht in allen Belangen demokratisch handelnden) Regierung mit Waffengewalt als wenig vorbildhaft abgelehnt.

Man hätte also annehmen können, dass besondere Sorgfalt auf die Gestaltung des Referendumsprozesses verwandt worden sei, um die Glaubwürdigkeit des Verfahrens und damit die Legitimität seines Ergebnisses sicherzustellen. Dies betraf vor allem den Aspekt der Freiheit, dass heißt die Möglichkeit des ungehinderten und möglichst gleichen Zugangs sowohl der Befürworter als auch der Gegner des Verfassungsentwurfs zum Prozess der öffentlichen Meinungsbildung. Aus Sicht der Stimmberechtigten betraf dies den unbehinderten Fluss von Informationen über den Gegenstand des Volksentscheids zum Zweck der Entscheidungsfindung vor dem Wahlakt.

Es war keine Demokratie, sondern eine Militärdiktatur

Diese Ideale kollidierten mit der schlichten Tatsache, dass Thailand zum Zeitpunkt der Volksabstimmung keine Demokratie, sondern eine Militärdiktatur war (natürlich nicht mit der Junta in Burma vergleichbar), und dass in einer großen Zahl von Provinzen Kriegsrecht galt. Vor allem aber ging es bei dem Referendum gar nicht wirklich darum, dem Volk die Entscheidung zu überlassen. Die Verfassung selbst war vielmehr Teil der Strategie der Militärherrscher, den

von manchen thailändischen Akademikern als »Thaksinregime« denunzierten Regierungsansatz Thaksin Shinawatras aus der politischen Ordnung Thailands zu entfernen. Der Erfolg der Volksabstimmung bestand daher nicht in ihrer ordnungsgemäßen Durchführung, sondern darin, der durch das Militär und seine Helfer produzierten neuen Verfassung einen Anschein von Legitimität zu verleihen. Dies war insbesondere deshalb erforderlich, weil die von den Putschisten aufgehobene Verfassung von 1997 lange Jahre als vorbildlich demokratische »Verfassung des Volkes« propagiert worden war.

Damit die nationale Wahlkommission das Referendum durchführen konnte, musste eine rechtliche Grundlage geschaffen werden. In seiner Übergangsverfassung gab das Militär diese Aufgabe nicht an die gesetzgebende Versammlung, sondern an die verfassungsgebende Versammlung (CDA). Damit durfte jene Organisation, die das größte Interesse an der Annahme der von ihr selbst geschriebenen Verfassung hatte, auch darüber bestimmen, wie das Referendum ablaufen sollte. Darüber hinaus musste die Wahlkommission (ECT) als vorgeblich neutraler Schiedsrichter im Rahmen der von der CDA verabschiedeten Leitlinien arbeiten.

Diese behandelten lediglich technische Fragen des Referendums, wie die Form des Wahlzettels, Wahlkreise oder Stimmentzählung. Mit keinem Wort wurde darauf eingegangen, wie allen beteiligten Parteien eine freie und faire Beteiligung am »Wahlkampf« gewährleistet werden könnte. Beispielsweise hätte über gleiche Sendezeiten in Radio und Fernsehen gesprochen werden müssen sowie über Vorschriften darüber, wie viel Geld die Befürworter und Gegner für ihre Werbung ausgeben dürften, einschließlich der Frage staatlicher finanzieller Unterstützung für die Gegner. Schließlich werden fast alle elektronischen Medien in Thailand von der Regierung kontrolliert, und sie konnte für die Werbung durch die CDA die Steuergelder der Bürger verwenden.

Drei Monate nach dem Inkrafttreten der CDA-Vorschriften legte die ECT dann einen eigenen Entwurf für ein Referendumsgesetz vor. Auch dieser

Der Autor ist Gastdozent im Fachbereich politische Wissenschaften an der *Chulalongkorn University*, Thailand, und wissenschaftlicher Mitarbeiter für Südostasienskunde, Universität Passau.

Entwurf ließ die grundsätzlichen Fragen einer demokratischen Durchführung der Volksabstimmung völlig außer Acht. Ein Mitglied der gesetzgebenden Versammlung bemerkte kritisch: »Dieses Gesetz ist dazu bestimmt, all jene zu bedrohen und zu bestrafen, die gegen die Verfassung sind und für ihre Ablehnung werben« (*The Nation*, 6. Juli 2007).

Nur eine Annahme kam in Frage

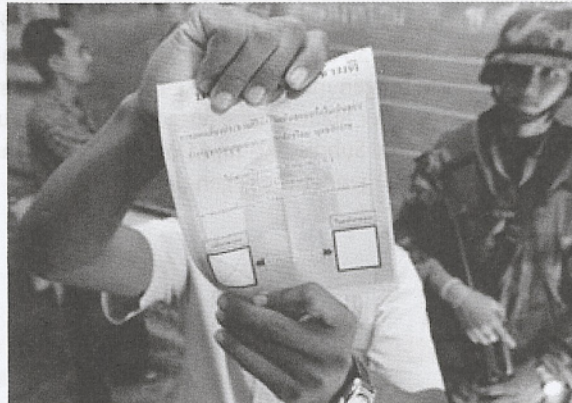
Schon vorher hatten eine Reihe von Regierungsvertretern und auch Mitglieder der Wahlkommission behauptet, dass nach der Verabschiedung des Gesetzes jedwede Kritik am Verfassungsentwurf, zum Beispiel entsprechende Anzeigen in Zeitungen, ein krimineller Akt sei und daher aufhören müsse. Dies bezog sich auf Artikel 10 des Gesetzes, der bestimmte, dass keinerlei Handlungen mit dem Ziel unternommen werden dürften, die Bürger »irreführen, zu zwingen, einzuschüchtern oder Drohungen zu verwenden, um Bürger von der Abstimmung fernzuhalten oder dazu zu bringen, in einer bestimmten Weise abzustimmen.« Solche Handlungen wurden mit Gefängnis von bis zu zehn Jahren bedroht. Es schien so, dass gegen die Annahme der Verfassung gerichtete Aktivitäten generell unter die Rubrik »Irreführung« der Bürger fallen würden, da die Aktivitäten darauf abzielten, dass die Bürger ihr Kreuz in das »nein« Kästchen des Wahlzettels setzen würden. Solcherlei Aktivitäten mussten irreführend sein, weil der Verfassungsentwurf ja objektiv ausgezeichnet war und daher logischerweise nur eine Annahme in Frage kam.

Übrigens waren zwei Mitglieder der Wahlkommission auch in dem Komitee, das die Verfassung geschrieben hatte, und der Chef der ECT war ein enger Freund des Putschführers. Als die Regierung ihre Hauptwahlkampfveranstaltung für die Verfassung abhielt, wozu sie Tausende von Teilnehmern aus den umliegenden Provinzen angeheuert hatte, ging der Chef der ECT mit dem Premierminister, dem Chef der CDA, dem stellvertretenden Sprecher der gesetzgebenden Versammlung und dem Putschführer auf die Bühne, fasste ihn bei der Hand und reckte sie mit den anderen zusammen zum »Wir werden gewinnen«-Zeichen in die Luft. Um keine Zweifel am vom Staat gewünschten Ergebnis des Volksentscheids aufkommen zu lassen, drangen Polizei und Militär in die

Häuser von mindestens vier Verfassungsgegnern ein und beschlagnahmten gegen die Verfassung gerichtetes Werbematerial.

Die einflussreiche thaisprachige Massenzeitung *Thai Rath* druckte eine Serie von drei Leitartikeln, die die Problematik des Referendums ausdrückten. Am 10. Juli 2007 machte sie darauf aufmerksam, dass sowohl die Befürworter als auch die Gegner des Verfassungsentwurfs vollständige Freiheit in ihren jeweiligen Werbefeldzügen haben müssten. Auch fragte sie, ob das Referendumsgesetz darauf angelegt worden sei, die Durchführung der Abstimmung zu erleichtern oder eher zu behindern. Am 21. Juli 2007 wies die Zeitung darauf hin, dass ein Faktor für die Legitimität des Ergebnisses des Referendums sei, dass sowohl Befürworter als auch Gegner gleiche Werbemöglichkeiten für ihre Positionen gehabt haben müssten. Der Artikel setzte hinzu: »Wenn die Befürworter frei werben dürfen und dabei das Geld

der Steuerzahler verwenden, während die Gegner behindert und als Leute denunziert werden, die die Nation nicht lieben, dann ist das Referendum nicht legitim.« Am 30. Juli 2007 schließlich bezog sich der Leitartikel auf die Beschlagnahme von gegen die Verfassung gerichtetem Werbematerial bei einem früheren Parlamentsabgeordneten von Thaksins *Thai Rak Thai Partei* (TRT) in



Man wählt nicht alleine ...

Quelle: www.economist.com

der Provinz Kamphaengphet und meinte: »Es scheint so zu sein, dass Befürworter alles Mögliche tun dürfen, um das Referendum oder die Verfassung zu unterstützen, während Handlungen, die für die Ablehnung der Verfassung werben, behindert und von Staatsbeamten daraufhin beobachtet werden, ob sie Gesetze verletzen.« Diese Zitate geben einen treffenden Einblick in die politische Atmosphäre in Thailand in den Wochen vor dem Referendum am 19. August 2007.

Ich hatte die Zeit vom 18. Juli bis zum 24. August 2007 in der Provinz Chachoengsao verbracht, um Daten über den Verlauf des Referendums zu sammeln. Nachdem es bis zum 14. August 2007 nicht das geringste Zeichen irgendwelcher gegen die Verfassung gerichteter Aktivitäten gegeben hatte, ging ich schließlich zum Haus des ehemaligen TRT Abgeordneten Wuthipong Chaisaeng, dem Bruder des damaligen amtierenden Vorsitzenden der TRT, Chaturon Chaisaeng. Gerade war ein paar Packen mit Anti-Verfassungsmaterial eingetroffen. Wuthipongs Angestellte sagten mir, dass sie am 18. August, also

nur einen Tag vor dem Referendum, ab sechs Uhr morgens über einen großen Markt und durch einige Strassen der Kleinstadt marschieren würden, um für die Ablehnung des Verfassungsentwurfs zu werben.

Chaisaeng wolle Militär und Polizei nicht provozieren

Anschließend unterhielt ich mich mit Wuthipong im Wohnzimmer seines Hauses. Ich fragte ihn, warum es offenbar in Chachoengsao keinen systematischen Versuch seitens seiner Familie und Partei gegeben hatte, gegen die Verfassung zu agitieren. Wuthipong entgegnete, dass er eigentlich daran gedacht hatte, mit einem Lautsprecherwagen durch die Provinz zu fahren, um gegen die Verfassung zu sprechen (er war übrigens Mitglied der CDA, die die Verfassung von 1997 geschrieben hatte). Leider wären dies aber keine demokratischen Zeiten. Er wolle nicht Militär und Polizei provozieren, indem er offen gegen die Verfassung vorginge. Außerdem hätte er auch daran zu denken, dass die Teilnehmer an solchen von ihm durchgeführten Veranstaltungen möglicherweise negativen Sanktionen seitens der Staatsorgane ausgesetzt sein könnten. Schon die Subdistrikt- und Dorfcheads würden nicht wagen, irgendetwas gegen den

Verfassungsentwurf zu unternehmen, weil sie wüssten, dass sie unter Beobachtung stünden.

Die Putschisten und ihre Hilfsorganisationen gewannen das Referendum, jedoch nicht so deutlich wie gewünscht. Bei einer Beteiligung von 57,6 Prozent (bei den Wahlen von 2005 waren es 72,6 Prozent), stimmten 56,7 Prozent für und 41,4 Prozent der Stimmberechtigten gegen den Verfassungsentwurf (1,9 Prozent der Stimmen waren ungültig). Besonders bedenklich war, dass dieses Ergebnis nicht im ganzen Land gleich verteilt war, sondern dass in großen Teilen des Nordens und im Nordosten—den Hochburgen der TRT (auch »rote Gebiete« genannt)—die Neinstimmen überwogen. Damit war die von der Regierung angestrebte »Aussöhnung« gescheitert und die von der politischen Elite in Bangkok oft beklagte politische Spaltung des Landes bestätigt. Schlimmer noch, das Ergebnis ließ keinen Zweifel daran, das Thaksin Shinawatra und die aufgelöste TRT—nunmehr in Form der *People's Power Party* (PPP)—weiterhin über einen großen Stamm von Anhängern verfügten. Damit ist ein neues Spiel eröffnet: Der Kampf darum, die TRT (PPP) von der Regierungsbildung nach der Wahl am 23. Dezember 2007 auszuschließen.

Blogbesprechung

Lisa Hesse

Der New Mandala-Blog der *Australian National University* (ANU) behandelt Themen des südostasiatischen Festlandes. Im Fokus des Blogs stehen hierbei die Länder Burma, Laos und Thailand. Wer sich für die aktuelle Lage in Thailand bezüglich des Coups vom September 2006, bis hin zu den Wahlen im Dezember diesen Jahres interessiert, findet hier reichlich Informationen. So werden anhand der Provinz Chachoengsao die Wahlvorbereitungen beobachtet und kommentiert, die auf Grund der zentralisierten Struktur stellvertretend für alle thailändischen Provinzen stehen. Die Rubrik »election watch« ist sehr informativ und wird stetig aktualisiert, außerdem ist der Blog sehr übersichtlich gestaltet, so dass der Leser ohne große Umwege direkt zum gewünschten Thema findet.

Zusätzlich sind viele der Einträge mit Fotos aus der Region versehen. Auch zu den Protesten in Burma gibt es ein Diskussionsforum und Artikel.

Weitere Länder, zu denen es Artikel und Kommentare gibt, sind Kambodscha, China und der Nordosten Indiens.

Neben den spezifischen Länderartikeln gibt es die Rubrik »Interviews«, in der Wissenschaftler, NGO-Aktivisten und andere Autoren, die sich mit aktuellen Forschungsbereichen des südostasiatischen Festlandes beschäftigen und die Diskussion maßgeblich beeinflussen, befragt werden. Ebenfalls werden Neuveröffentlichungen zum Thema Südostasien vorgestellt.

Auch bietet der Blog Links zu anderen Websites, so zum Beispiel zu in Burma aktiven NGOs, ebenso wie zu wirtschaftlichen Websites und anderen Südostasien-bezogenen Blogs.

<http://rspas.anu.edu.au/map/newmandala/what-is-new-mandala/>